Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Sonntags-Ausgabe

114. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe, monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 8.50. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatl. M. 10.—, viertelj. M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands (Gesamt-Ausgabe monatl. M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50, Morgen-Ausgabe M. 5.—, Abend-Ausgabe M. 2.50, Sonntags-Ausgabe M. 1.— monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsversand: monatl. M. 10.— u. Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.25, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage das Tausend Mk. 12.— netto, für Teilauflage das Tausend Mk. 15.— netto, für Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 7200. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 281 — Sonntag, den 20. Juni — 1920

Ministerpräsident Buck zur Lage in Leipzig

Eine Unterredung

Der sächsische Ministerpräsident Buck weilte gestern in Leipzig, um durch eine Aussprache die Verhältnisse zu klären, die in Leipzig durch die Gerüchte von Putschgefahren, Bildung von Arbeiterkompanien usw. entstanden sind. Dabei hatte ein Mitglied unserer Schriftleitung Gelegenheit, mit ihm über die augenblickliche Lage zu sprechen. Der Ministerpräsident steht nach den in der Sitzung gegebenen Erklärungen keine Möglichkeit für Unruhen. Man sei zwar auf beiden Seiten mißtrauisch und berufe sich immer auf Maßnahmen der Gegenseite. Man habe aber z. B. noch keinen Beweis für das Ueben bewaffneter Arbeiterkompanien erbracht. Die Putschgefahr sei überhaupt ganz allgemein nicht mehr so groß wie früher. Die wirtschaftliche Lage bessere sich doch immer mehr, und das bedeute größere Ruhe, vorausgesetzt, daß nicht unvorhergesehene politische Ereignisse Unruhen provozierten. Die allgemeine wirtschaftliche Lage sei aber dazu nicht angetan. Auch die vermehrte Arbeitslosigkeit infolge notwendiger Betriebseinschränkungen bedeute nicht eine übergroße Gefahr. Die Arbeitslosen seien jetzt lange genug von den Ganzradikalen bearbeitet worden und hätten wohl doch eingesehen, daß von dieser Seite ihnen keine Hilfe kommen werde. Er halte es freilich für notwendig, daß an Stelle von Entlassungen möglichst Arbeitsstreckungen vorgenommen würden. Die Betriebe seien freilich Gegner einer solchen Politik, da dadurch die Rentabilität der Werke sinke.

Zur Frage des Ortsschutzes äußerte der Ministerpräsident, daß er durch einen Ortsschutz nach den Richtlinien der Regierung die Sicherstellung von Ruhe und Ordnung für gegeben halte. Es sei freilich fraglich, ob die Entente ihre Einwilligung dazu geben werde. Man erhoffe aber von ihr mit Rücksicht auf die steigende Kriminalität ein Einsehen. Habe sich aber erst einmal ein derartiger Ortsschutz gebildet, dann sei nicht nötig, daß nun auch dauernd alle bewaffnet seien, die ihm angehörten. Es genüge ein kleiner Teil unter Waffen. Die Tatsache, daß sich überhaupt eine gewisse Zahl Männer zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bereitstellen, genüge dann schon zur Senkung der Kriminalität. Die parität. Zusammensetzung der Ortswehren sei nicht Sache der Regierung, sondern der Gemeinden. Wenn aber die Richtlinien befolgt würden, nach denen alle, die auf dem Boden der Verfassung stünden, Mitglieder werden könnten, dann sehe er keine Gefahr aus einem derartigen Gebilde. ch.

(Siehe auch Seite 3.)

Die Regierungskrise vor ihrer Lösung?

Fortsetzung der Beratung der demokratischen Fraktion

Berlin, 19. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Es scheint, als ob wir allmählich aus der Krise herauskommen und sich langsam doch eine Plattform herauszubilden beginnt, auf der nicht bloß Zentrum und Deutsche Volkspartei, sondern auch die Demokratische Partei mit ihnen eine Regierung wird bilden können. Fehrenbach hat sich im Laufe des gestrigen Abends bis in die späte Nacht hinein bemüht, eine Verständigung zwischen den beiden letztgenannten Parteien herbeizuführen, und in unverbindlichen Besprechungen sowie in einem Schriftwechsel hat man eine gewisse Annäherung erzielt. Die Fraktion hat sich in der heutigen Sitzung auf den Standpunkt gestellt, daß sie eine grundsätzliche Gegnerschaft gegen ein Zusammenarbeiten mit Zentrum und Deutscher Volkspartei nicht habe. Aus führenden demokratischen Kreisen wird betont, daß die demokratische Fraktion die klare und zweifelsfreie Linie ihrer bisherigen Politik eingehalten hat. Die Fraktion stände einstimmig auf dem Boden jener Erklärung, die Senator Petersen vor einigen Tagen Herrn Trimborn übergeben habe. Die Fraktion hält daran fest, daß sie kein Kabinett unterstützen wird oder sich an ihm beteiligen wird, das nicht auf dem Boden der in diesen Richtlinien festgelegten Auffassung steht. Alles was in der gegnerischen Presse über Entgegenkommen von demokratischer Seite und Fallenlassen ihrer Grundsätze gesagt worden ist, ist falsch und erfunden. Die demokratische Reichstagsfraktion wird sich an der Regierungsbildung nur dann beteiligen, wenn

1. das Regierungsprogramm den von Herrn Petersen aufgestellten Leitsätzen entspricht;
2. auch die übrigen Fragen sachlich geregelt werden, dergestalt, daß die demokratische Fraktion weiteres ersprießliches Zusammenarbeiten für möglich halten kann;
3. daß das Kabinett verschiedene Persönlichkeiten aus verschiedenen Parteien enthalten wird, und daß die Persönlichkeiten nicht von vornherein schon Anstoß erregen;
4. wenn die Regierung eine ausreichende parlamentarische Basis erhält, d. h. wenn sie sich nicht bloß auf die Mitte des Reichstages stützt, sondern auch von der Linken, d. h. von den Sozialdemokraten, ein Vertrauensvotum erhält.

Ausschlaggebend für diesen letzten Punkt war der Gedanke, daß keine Regierung mit der nötigen Autorität in Spa auftreten kann, die sich nicht auch auf die zahlenmäßig außerordentlich starke Linke berufen kann. In demokratischen Kreisen wird es begrüßt, daß man diesmal ihrem Vorschlag gemäß nicht die Besetzung der Ministerposten durch Verhandlungen zwischen den einzelnen Fraktionen regeln wird, sondern, daß der Reichskanzler sie auswählen wird. Somit wird die neue Regierung unabhängiger von der Stellung der Parteien sein, was von jeher eine Forderung der Demokratischen Partei gewesen ist. Die neue Regierung wird dann selbständiger auftreten und handeln können. Ihre verfassungsmäßige Stellung wird zwar auf dem Vertrauen der Fraktionen beruhen, aber sie braucht nicht bloß, wie die bisherige, sich als Mandatar der Fraktionen zu fühlen. Ob diese notwendige Homogenität des Regierungsblocks überhaupt erreicht werden kann, hat nicht die Demokratische Partei zu entscheiden.

Es wird also zunächst die Frage der Regierungsbildung von den Entschlüssen abhängen, welche die Deutsche Volkspartei in ihrer Fraktionssitzung am Montag und die Sozialdemokratische Partei am Dienstag fassen werden. Die Deutsche Volkspartei läßt verlauten, ihre eigenen Parteigrundsätze, von denen sie nicht lassen könne, seien gar nicht so grundverschieden von den von Senator Petersen geäußerten Auffassungen, daß eine Uebereinstimmung unvereinbar wäre.

Die Demokraten gingen in dem Schriftwechsel von den Petersenschen Leitsätzen aus, und die Deutsche Volkspartei erklärte sich ebenso wie das Zentrum bereit, diese als gemeinsame Regierungsgrundlage anzuerkennen. Nur zur Frage der republikanischen Staatsform sprach sich die Deutsche Volkspartei in einer Form aus, die mißdeutet werden konnte, und die nicht im Einklang stand mit den Forderungen des demokratischen Programms. Es folgte eine Erwiderung der Demokraten, in welcher die Sicherung der republikanischen Verfassung und die Gleichberechtigung aller Staatsbürger im Gegensatz zu den antisemitischen Tendenzen berührt wurde. Darauf haben Fehrenbach und Dr. Heinze heute vormittag der demokratischen Fraktion nochmals eine Antwort zugehen lassen, in der Heinze den Vorbehalt machte, daß er zu diesem letzten Schritt noch die Zustimmung seiner Fraktion einholen müsse. Das soll inzwischen geschehen sein. Danach hätte die Deutsche Volkspartei nunmehr erklärt, daß sie sich auf den Boden der Verfassung stelle, den gegebenen Verhältnissen Rechnung trage und von einer monarchistischen Agitation innerhalb der Regierung und der Koalition absehen werde.

Zur Frage der Stellung von Demokratischer Partei und Monarchie muß im Gegensatz zu der in der „Täglichen Rundschau" heute abend geäußerten Auffassung betont werden, daß die Demokratische Partei sich nach der Revolution entschieden auf den republikanischen Boden gestellt hat, da nur auf diesem republikanischen Boden ein Wiederaufbau des Vaterlandes überhaupt möglich ist. Wie wir zuverlässig vernehmen, wird die demokratische Reichstagsfraktion keine Regierung unterstützen oder gar sich an ihr beteiligen, die nicht festgeschlossen auf diesem republikanischen Boden steht. Es liegt den Demokraten fern, von der Deutschen Volkspartei zu verlangen, daß sie ihre Weltanschauung ändert — ein solches Verlangen wäre ja auch durchaus nicht demokratisch —, aber die demokratische Reichstagsfraktion muß verlangen, daß die Regierung auf republikanischem Boden steht, und daß auch die der Deutschen Volkspartei zugehörigen Persönlichkeiten sich, solange sie dem Kabinett angehören, auf diesen Boden stellen. Von dieser ihrer Auffassung wird die Demokratische Partei in keinem Falle abweichen.

In parlamentarischen Kreisen vermutet man, daß, sobald eine grundsätzliche Einigung über das Regierungsprogramm erzielt ist, die Ernennung Fehrenbachs zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten erfolgen wird. Es wird angenommen, daß die bisherigen Minister Koch, Dr. Geßler, Dr. Wirth, Giesberts und Hermes in ihren Aemtern verbleiben. Von der Deutschen Volkspartei werden als Kandidaten Dr. Heinze für das Justizministerium und Geheimrat Wiedfeld genannt. In der in den Wandelgängen zirkulierenden Namensliste kommt auch Herr v. Kardorff vor.

Nach unserer Kenntnis der Dinge machen die demokratischen Fraktionsmitglieder, die sich gegen eine Teilnahme der Demokraten an der Regierungsbildung von Zentrum und Deutscher Volkspartei aussprachen, vor allem geltend, man dürfe die Sozialdemokratie nicht so leichten Kaufes auslassen, sondern lieber sie vor eine entscheidendere Situation stellen als die gegenwärtige, indem man den bürgerlichen Mittelblock nicht zustande kommen ließ. Es wurde von diesen Herren geltend gemacht, daß, falls die Sozialdemokratie ernstlich sehen würde, daß ein Kabinett der bürgerlichen Mitte nicht zustande käme, sie vielleicht doch am Dienstag ihren alten Fraktionsbeschluß geändert haben würde. Diese Auffassung ist, und darin liegt das Ergebnis der heutigen Fraktionssitzung, nunmehr fallen gelassen worden.

* * *

Berlin, 19. Juni. (Drahtbericht.) Die Deutsche Demokratische Partei beruft den Parteiausschuß auf nächsten Dienstag nach Berlin ins Reichstagsgebäude zwecks Stellungnahme zur politischen Lage.

*

Berlin, 19. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die führenden Kreise der Mehrheitssozialisten betonen nach wie vor, daß sie sich zwar einem Kabinett der Mitte gegenüber nicht wohlwollend neutral verhalten können, dagegen von Fall zu Fall ihre Entscheidung treffen werden, wobei sie sich jedoch von der Ueberzeugung leiten lassen wollen, daß die politische Lage bis zur Erledigung von Spa nicht ohne Grund gestört werden dürfe. Die gleiche Auffassung wird in den Kreisen der Deutschnationalen ausgesprochen. Erwähnenswert ist ein Artikel des Pariser „Intransigeant", der dem deutschen Geschäftsträger Dr. Mayer wegen seiner Ablehnung des Kanzlerpostens Anerkennung zollt und erklärt, Dr. Mayer habe in Paris überall den besten Eindruck gemacht. Man könne nur wünschen, daß seine Ratschläge auch in Berlin gehört werden.

Brief aus dem Ruhrgebiet

Der Ruhrbezirk wird bei der kommenden Arbeitslosigkeit, die — so tief bedauerlich auch die Tatsache ist — leider zu erwarten steht, etwas voraus haben: die Zahl der Arbeitslosen wird nicht in dem Grade anschwellen, wie in anderen Gegenden. Denn zwischen Ruhr, Emscher und Lippe liegen die Kohlengruben mit ihren großen Schätzen, die gehoben werden müssen, in umfangreicherem Maße denn bisher. Dazu sind aber Arbeitskräfte nötig. Die Vorsorge der Stadtverwaltungen, einer eventuell doch einsetzenden größeren Arbeitslosigkeit zu steuern, ist getroffen, Gelder für Notstandsarbeiten sind bereitgestellt, doch hofft man, wie ein Magistratsvertreter letzthin im Stadtverordnetenkollegium in Bochum ausführen konnte, davon nur wenig Gebrauch machen zu müssen. Anderseits zeigt sich die Zukunft aber nur im Nebelschleier. Am 14. Juni wurde in Essen der neue Lohntarif für den Bergbau verabschiedet. Er sieht für die Bergarbeiter eine Erhöhung der Schichtlöhne um 6 Mark vor. Das macht im Monat ein erkleckliches Sümmchen. Der Knappe ist der bestbezahlte Arbeiter. Er läßt viele Angestellte und Kopfarbeiter weit hinter sich. Hat er's, hat's die Welt, sagt ein Sprichwort. Er setzt schnell und leicht um, was er in schwerer Arbeit verdient.

Doch durch die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne — die naturgemäß Richtschnur für die Löhne in den anderen Gewerben hier im Lande sein müssen — steigen die Preise für die Kohlen. Die „Bergherren" — das sind Aktiengesellschaften, Gewerkschaften — erklärten schon früher, aus den Erträgnissen der Gruben einen weiteren Lohnaufschlag nicht mehr zahlen zu können, wenn die Betriebsfähigkeit der Werke bestehen bleiben sollte. Freilich kommt die Preiserhöhung zum Teil dem Bergbau wieder allgemein zugute, da das Bergmannsiedelungswesen dadurch gefördert werden soll. Sonst aber bringt die Kohlenpreiserhöhung Steigerung der Gestehungskosten überall. Unter beiden Erscheinungen hat auch der Ruhrbezirk selber zu leiden. Nun sind die Bergleute zwar einsichtig genug, zu erkennen, daß es höher nicht geht. Sie wissen, daß sie den Ast nicht absägen dürfen, auf dem sie sitzen. Erklärte doch am letzten Sonntag auf einer Konferenz der Betriebsräte des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter für das gesamte Ruhrrevier, die in Gelsenkirchen stattfand, ein Abgeordneter, daß mit dem neuen Tarif der Höhepunkt erreicht sei. Man werde sich jedoch gegen ein zu frühes und zu starkes Abbauen der Löhne entschieden wenden müssen. Darin liegt die Schwierigkeit der Lösung dieses wichtigen wirtschaftlichen Problems. Viel ist schon erreicht mit der Erkenntnis, daß ein weiteres Anziehen der Lohnschraube nicht möglich ist. Wie es aber mit dem Abbau werden soll, ist noch ein Geheimnis. Ein ständig hohes Lohnniveau steht im Widerspruch zu dem fortwährenden Ruf nach einer Senkung der Lebensmittelpreise.

Die Lebensmittelpreise, die Lebensmittelfrage überhaupt: Wo schwer gearbeitet wird, muß man auch gut essen. An Lebensmitteln hat es hier aber wirklich gefehlt. In den letzten Monaten konnte man z. B. kaum Kartoffeln haben. Hunderte von Menschen schlossen sich den Hamstererwanderern an, die ins Münsterland, in die Soester Börde und ins Schaumburgische pilgerten. Viele waren unter ihnen, die aus dem Hamstern ein Geschäft machten, da man im Industriebezirk für den Zentner Kartoffeln bis zu 150 Mark und darüber bezahlte. Heute werden die Erdäpfel zentnerweise angeboten. So geht es bei der eigenartigen Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel.

Der beginnenden wirtschaftlichen Krise steht man auch hier an der Ruhr mit Sorgen entgegen. Die Geschäftsleute klagen, daß die Kundschaft durchweg mit Käufen zurückhalte. Man höre nur immer den einen Satz: „Wir warten mit dem Einkauf noch, die Waren werden ja bald billiger!"

Unterdessen geht das Leben äußerlich seinen alten Gang. Die Reichstagswahlen liegen zurück. Sie haben nicht die Aufregung gebracht, die vielleicht manche erwartet hatten. Der Ausnahmezustand für das Kohlengebiet ist deshalb aufgehoben worden. Der Ausfall der Wahlen ist gleich dem im übrigen Deutschland. Die Mehrheitssozialisten haben viele Stimmen verloren, die zum Teil der U. S. P. zufielen. Im Wahlkreis Westfalen-Süd (20), umfassend die großen Industriestädte Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Hamm, Herne, Hörde, Hagen, Iserlohn u. a., haben die Unabhängigen fast ebenso viele Stimmen wie die Mehrheitssozialisten. Die Polen, die bei der Nationalversammlungswahl hier keinen Kandidaten aufgestellt hatten, gingen diesmal selbständig vor; sie brachten es im Wahlkreis 20 auf 28 509 Stimmen. Am stärksten sind sie im Stadt- und Landkreise Dortmund und in Gelsenkirchen vertreten, wo sie rund 10 000 bzw. 8000 Stimmen erhielten. Es scheint sich hier um Stimmen von Personen zu handeln, die aus rein polnischen Gebietsteilen stammen. Früher faßte man im Ruhrkohlenbezirk unter der Bezeichnung „Polen" alle Personen zusammen, die aus dem „Osten" stammten: Masuren bzw. Ost- und Westpreußen und Posener. Das ist dank der Arbeit der Landsmannschaften anders geworden.

Diese Landsmannschaften betonten immer ihre echt deutsche Gesinnung, und vor allem ihre Heimatliebe. Auch jetzt treten diese Eigenschaften wieder klar in der Erscheinung, wo die Abstimmung im Osten über deutsches Land entscheiden soll. Es ist eine Freude zu sehen, wie die Agitation mit Eifer betrieben wird, um altpreußisches Gebiet dem Vaterlande zu erhalten. Man kann sich ein Bild von der Wichtigkeit dieser Arbeit für den Ausgang der Wahl machen, wenn man erfährt, daß im Ruhrbezirk rund 60 000 Ostpreußen und 10 000 Westpreußen wohnen. Und daß diese wichtige Arbeit der ostdeutschen Landsmannschaften hier in jeder Weise unterstützt wird, mag daraus erhellen, daß der Zechenverband und die Werke den abstimmungsberechtigten Arbeitern für zwei Wochen Urlaub bei Fortzahlung des Lohnes gewähren. Vom Jahresurlaub sollen nur sechs Tage in Anrechnung

SLUB
Wir führen Wissen.